Informationen aus Land und Kreis

Landesinitiative „Bauland an der Schiene“

Damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Zuhause haben, das sie sich leisten können und in dem sie sich wohlfühlen, braucht es bezahlbares Bauland. Mit der Landesinitiative „Bauland an der Schiene“ konnten bis heute 2.500 Hektar Flächenpotenzial verfügbar gemacht werden. Nach ersten Berechnungen könnten so mehr als 150.000 Wohneinheiten entstehen.

Foto: © Harald Biebel - Fotolia

Die Landesregierung möchte mit dieser Initiative die gezielte Entwicklung von bezahlbarem Bauland im Einzugsbereich von Haltestellen des schienengebundenen Nahverkehrs (SPNV) forcieren, um angespannte Wohnungsmärkte zu entlasten und das Umsteigen von der Straße auf die Schiene zwischen Wohnort und Arbeitsplatz attraktiver zu gestalten.

Durchgeführt wird das Verfahren von der Entwicklungsgesellschaft für Bahnflächen. Die Initiative prüft gezielt Grundstücke, die im Umkreis von drei Kilometern von Bahnhöfen liegen, die die Ballungsräume mit dem Umland verbinden. Seit Oktober 2018 werden Gespräche mit den Städten und Gemeinden geführt. Regionalplanungsbehörden, die SPNV-Aufgabenträger, die für Bau, Verkehr und Umwelt zuständigen Landesministerien sowie die maßgeblichen Beteiligten der DB AG begleiten die Gespräche.

Auch im Kreis Viersen geht es um neue, moderne und gut angebundene Wohnkonzepte an der Schiene. Nettetal und Kempen haben ein Gesprächsangebot des Bauministeriums vorliegen, Viersen und Tönisvorst haben bereits Gespräche mit dem Ministerium und weiteren Beteiligten geführt.

In einem zweiten Schritt kann dann mit der städtebaulichen Planung begonnen werden. Die Hälfte der Kosten tragen dabei die Städte und Gemeinden, die andere Hälfte übernimmt das Land.

Themen dieser Ausgabe:

Neues Förderangebot des Landwirtschaftsministeriums	2
50 Mio. Euro zur Integration in Ausbildung und Arbeit	2
NRW für bundesweites Rauchverbot in Autos	2
Photovoltaik als Zugpferd der Energiewende NRW	3
LandFrauenverband Kreis Viersen besucht den Düsseldorfer Landtag	3
Erhalt verkehrshistorischer Kulturgüter	4
Änderungen des Kommunalwahlgesetzes beschlossen	4
Grundwasserqualität: Messnetz wird überprüft	4
Informationen zur Europawahl 2019	5
Enteignung schafft keinen Wohnraum	5
Stärkung der kulturellen Funktion öffentlicher Bibliotheken	5
Anonyme Spurensicherung stärkt Opferschutz	6
Peter Van Vlodrop für 65-jährige Mitgliedschaft geehrt	6

Neues Förderangebot des Landwirtschaftsministeriums

Das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium hat eine neue Förderrichtlinie zur Finanzierung von Wegebaumaßnahmen außerhalb von Flurbereinigungsverfahren im ländlichen Raum auf den Weg gebracht.

Foto: © STARS - Fotolia

Anträge können ab sofort gestellt werden. Wegebaumaßnahmen können mit einem Zuschuss von 60 Prozent und maximal 500.000 Euro je Vorhaben unterstützt werden. Für die Fördermaßnahme stehen in diesem Jahr rund 5,75 Millionen Euro Kassenmittel zur Verfügung.

Im Rahmen des Programms werden die nachhaltige Modernisierung insbesondere sogenannter Verbindungs- und Hauptwirtschaftswege gefördert. Vorhandene und bisher nicht oder nicht ausreichend befestigte Wege sollen ausgebaut und befestigt werden. Dazu gehören auch die erforderlichen baulichen Anlagen wie Durchlässe oder Brücken und erforderliche Kompensationsmaßnahmen des Naturschutzes.

50 Millionen Euro zur Integration in Ausbildung und Arbeit

Ohne Schulabschluss und abgeschlossene Berufsausbildung ist eine nachhaltige Integration in den deutschen Arbeitsmarkt schwierig. Gerade bei jungen, erwachsenen Flüchtlingen kann eine Nachqualifizierung in Deutschland ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Das Landeskabinett hat daher die Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" verabschiedet, um insbesondere junge Flüchtlinge besser in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Insgesamt werden Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Für über 13.000 Menschen kann die Initiative ein Start in eine bessere Zukunft sein. Sie sieht insgesamt sechs Förderbausteine vor, die Menschen beim Einstieg in eine Ausbildung oder einen Beruf unterstützen sollen. Diese reichen von Coachings über berufsbegleitende Qualifizierung und Sprachförderung bis hin zum nachträglichen Erwerb eines anerkannten Schulabschlusses. Zudem kann Flüchtlingen, die sich mit Duldung oder Gestattung in den Kommunen aufhalten, der Zugang zu Kursen eröffnet werden, die berufliche und sprachliche Bildung mit Werteorientierung verbinden, vergleichbar zu den Jugendintegrationskursen des Bundes.

Foto: © Frank Gärtner - Fotolia

Von der Förderung können alle Flüchtlinge mit individuellem Unterstützungsbedarf profitieren, die einer nordrhein-westfälischen Kommune zugewiesen wurden. Ausgeschlossen sind Gefährder und ausreisepflichtige Straftäter.

NRW macht sich stark für bundesweites Rauchverbot in Autos

Foto: © Juan Aunión - Fotolia

In einem gemeinsamen Antrag haben die CDU/FDP-Regierungsfraktionen und die Opposition aus SPD und Grünen die Landesregierung aufgefordert, über den Bundesrat einen Gesetzentwurf für ein bundesweites Rauchverbot in Kraftfahrzeugen mit Minderjährigen und Schwangeren als Beifahrern einzubringen. Schon die Gesundheitsminister der Länder hatten im vergangenen Herbst die Bundesregierung aufgefordert, ein solches Rauchverbot einzuführen.

Photovoltaik als Zugpferd der Energiewende NRW

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine zentrale Säule der Energiewende. CDU und FDP wollen die Siedlungsstruktur in NRW mit vielen großen Städten für eine breite Anwendung der Photovoltaik nutzen. Denn in Nordrhein-Westfalen stehen elf Millionen Dachflächen zur Verfügung, auf denen die von den Bürgern akzeptierte Photovoltaik installiert werden kann.

Foto: © Frank Gärtner - Fotolia

Photovoltaik wird – gemeinsam mit Speichern, Geothermie, KWK und Elektromobilität – ein wesentlicher Teil dezentraler urbaner Energielösungen. Zudem wird Photovoltaik auf Konversionsflächen, an Autobahnen und überregionalen Schienenstrecken eingesetzt werden. Das neu aufgelegte Solarkataster des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz zeigt, dass in NRW ein theoretisches Potenzial von 69 Terrawattstunden Photovoltaik-Strom erzeugt werden kann. Dies entspricht einer CO2-Einsparung von bis zu rund 30 Millionen Tonnen allein in der Stromerzeugung. Das sind etwa zehn Prozent des heutigen Treibhausgas-Ausstoßes in Nordrhein-Westfalen.

Die Landesregierung geht bei der Photovoltaik mit gutem Beispiel voran. Jüngst hat das Finanzministerium eine Solar-Initiative auf Dächern von Immobilien des Bau- und Liegenschaftsbetriebs BLB auf den Weg gebracht. Mit dieser Photovoltaik-Initiative wird nicht nur etwas für den Klimaschutz getan, sondern auch die Energiekosten des Landes reduziert.

LandFrauenverband Kreis Viersen besucht den Düsseldorfer Landtag

Mit etwa 30 Teilnehmerinnen besuchte der LandFrauenverband Kreis Viersen den nordrhein-westfälischen Landtag, um sich über die landespolitischen Prozesse zu informieren. Nach einer Führung durch das Parlamentsgebäude hatten sie Gelegenheit, die Plenardebatte auf der Tribüne zu verfolgen. Wichtige Tagesordnungspunkte im Plenum waren beispielsweise Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und die Änderung des Kommunalwahlgesetzes.

Im Anschluss gab es einen umfassenden Gedankenaustausch mit Stefan Berger, Marcus Optendrenk und Britta Oellers über landes- und auch lokalpolitische Themen. Besonders im Fokus standen hier die Bereiche Landwirtschaft und die fortschreitende Digitalisierung.

Einig waren sich alle Teilnehmer darin, dass die Landwirtschaft einen entscheidenden Wirtschaftszweig für den Kreis Viersen darstellt. Die drei Landtagsabgeordneten sicherten ihre Unterstützung zu: „Wir stehen an der Seite unserer Landwirte. Das Ziel muss weiter sein, Landwirtschaft im Kreis Viersen konkurrenzfähig zu gestalten. Gerade im Hinblick auf die Vielzahl von Auflagen müssen wir Bürokratie weiter abbauen und den Kreis Viersen als Agrarstandort weiter stärken."

Erhalt verkehrshistorischer Kulturgüter

Der Erhalt unseres kulturhistorischen Erbes ist eine wichtige Aufgabe. Neben den vielen Bau- und Bodendenkmälern gehören dazu auch die zahlreichen historischen Verkehrsmittel wie Straßenbahnen oder Dampflokomotiven. Die NRW-Koalition will mit einem neuen Förderprogramm das hohe ehrenamtliche Engagement der Vereine, Organisationen und Initiativen unterstützen, die sich um die Pflege, Bewahrung und Präsentation dieser verkehrshistorischen Kulturgüter kümmern. Im Haushalt für dieses Jahr stehen dafür 500.000 Euro Fördermittel zur Verfügung.

Förderfähig sind Maßnahmen, die der Erhaltung, Instandsetzung und Präsentation der verkehrshistorischen Kulturgüter dienen. Ein besonderer Fokus soll auf schienengebundenen historischen Verkehrsmitteln liegen. Die Höhe der Zuwendung beträgt zwischen 40 und 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben bis zu 100.000 Euro je Einzelfall. Weitere Informationen gibt es hier.

Änderungen des Kommunalwahlgesetzes beschlossen

Mit der Abschaffung der Stichwahlen erhalten die Kommunen die nötige Klarheit, die demokratische Legitimation der Bürgermeister und Landräte wird gestärkt. Denn die Beteiligung an den Stichwahlen war zurückgegangen, zudem wuchs die Zahl erfolgreicher Bewerber im ersten Wahlgang, deren Stimmenzahl aber gleichzeitig zurückging.

Zudem werden die Wahlbezirksgrenzen gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst. Damit wird der Grundsatz der Gleichheit der Wahl sichergestellt. Demnach soll jede Stimme neben dem gleichen Zählwert auch den gleichen Erfolgswert haben. Die Wähler müssen über den Zählwert aller

Foto: © pixelpower - Fotolia

Stimmen hinaus auf der Grundlage möglichst gleich großer Wahlkreise und daher mit annähernd gleichem Stimmengewicht an der Wahl teilnehmen können. Das wird in Zukunft gewährleistet.

Grundwasserqualität: Messnetz wird überprüft

Circa 1.500 Messstellen werden in Nordrhein-Westfalen herangezogen, um die Beschaffenheit des Grundwassers unter anderem im Hinblick auf Nitrat zu beurteilen. In Zusammenarbeit mit einem externen Gutachter führt das Landesumweltamt derzeit eine Qualitätskontrolle des Messnetzes durch. Das bisherige Zwischenergebnis: Insgesamt verfügt Nordrhein-Westfalen über ein funktionsfähiges und umfassendes Messstellennetz zur Beobachtung der Nitratbelastung des Grundwassers. Jedoch sind an einigen Stellen Mängel zu verzeichnen, die nun Schritt für Schritt behoben werden.

Foto: © Kzenon - Fotolia

An etwa zehn Prozent der Messstellen gibt es Defizite. Diese reichen von nicht vollständigen Messstellenunterlagen oder fehlender Absicherung gegen Beschädigung bis zu Einschränkungen der Beprobbarkeit. Zudem wurden fehlerhafte Messstellen ausgesondert, sukzessive ersetzt oder saniert, um eine Fehlinterpretation zum Beispiel der Nitratwerte auszuschließen.

Informationen zur Europawahl 2019

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat Informationen, Meldungen und News zur Europawahl 2019 zusammengestellt, die Sie unter cdu-nrw.de/unsere-infos-zur-europawahl-2019 abrufen können. Dort werden auch die Europawahlkandidaten der nordrhein-westfälischen CDU vorgestellt und das Wahlprogramm präsentiert.

Enteignung schafft keinen Wohnraum

Der Landtag hat über das Thema Wohnungsbaupolitik debattiert. Dabei hat die CDU deutlich erklärt, dass Enteignungen kein geeignetes Mittel gegen Wohnungsnot, sondern Forderungen danach geradezu verantwortungslos sind. Denn erstens würden durch entstehende Entschädigungszahlungen Milliardenbeträge verpuffen, statt in den Bau neuer Mietwohnungen zu fließen. Zweitens verunsichern Diskussionen über Enteignungen private Investoren und schrecken sie ab, in den Wohnungsbau zu investieren.

Die NRW-Koalition ist davon überzeugt, dass nur ein Mehr an Wohnraum nachhaltig dazu beiträgt, den Wohnungsmarkt zu entspannen und die Preise zu stabilisieren. Allein im Jahr 2019 stehen fast 1,3 Milliarden Euro für die Schaffung und Erhaltung von preisgebundenem Wohnraum zur Verfügung. So erhalten auch Menschen mit geringerem Einkommen eine gute Wohnperspektive.

Zahl der Grundbesitzer in NRW steigt

Die Zahl der Privathaushalte mit Immobilien- und Grundbesitz ist in Nordrhein-Westfalen in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes verfügten im vergangenen Jahr insgesamt 3,8 Millionen Haushalte über Häuser, Wohnungen oder Grundstücke - eine halbe Million oder 17 Prozent mehr als 1998.

62,6 Prozent der Eigentümerhaushalte besaßen im vergangenen Jahr ein Einfamilienhaus; 1998 waren es noch 56,2 Prozent. Die zweithäufigste Immobilienart im Besitz von Privathaushalten waren mit 33,8 Prozent Eigentumswohnungen.

Stärkung der kulturellen Funktion öffentlicher Bibliotheken

Bibliotheken sind Orte der Begegnung, der Bildung, der Integration und Zentren für Kultur. Gerade im ländlichen Raum sind sie ein sozialer, generationsübergreifender Treffpunkt für die Menschen vor Ort. Sie sind das öffentliche kommunale Wohnzimmer.

Bisher müssen Bibliotheken, anders als andere kulturelle oder freizeitliche Einrichtungen, an Sonn- und Feiertagen geschlossen bleiben. Künftig soll jedes Haus die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob eine Sonntagsöffnung in Frage kommt. So können auch berufstätige Familien das Angebot nutzen und am Sonntag Bibliotheken mit ihren Kindern besuchen. Damit werden die Bibliotheken und der Zusammenhalt vor Ort gestärkt.

Foto: © Skyline - Fotolia

Anonyme Spurensicherung stärkt Opferschutz

Vergewaltigung, sexueller Missbrauch und andere sexualisierte Gewalttaten bedeuten für die Opfer einen massiven Angriff auf ihre körperliche und seelische Integrität. Dies führt häufig dazu, dass es seitens des Opfers nicht zu einer unmittelbaren Anzeige kommt. Um die Spuren jedoch nicht zu verlieren, setzt sich die NRW-Koalition dafür ein, dass die Instrumente der anonymen Spurensicherung (ASS) verfügbar und einsatzbereit sind. Dies erfordert zudem den Einsatz von geschultem Personal. Nur so kann sichergestellt werden, dass entscheidendes Beweismaterial nicht verloren geht.

Foto: © s_l - Fotolia

Mit dem Haushalt 2019 werden die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, um die anonyme Spurensicherung auszubauen. Erstmalig gibt es 100.000 Euro für die Anschaffung von Spurensicherungssets, die bei der Polizei zentral landesweit bereitstehen werden, um die Belieferung in solchen Fällen zu vereinfachen.

Zudem werden die Mittel für das Programm iGOBSIS um 150.000 Euro erhöht. Mit Hilfe dieses Programms sind Arztpraxen und Kliniken in der Lage, Spuren nach einer sexuellen Gewalttat anonym zu sichern und die Verletzungen in einer Datenbank zu dokumentieren. Damit sind sie als mögliche Beweise auch für einen späteren Zeitpunkt gesichert. So kann selbst nach längerer Zeit eine Strafverfolgung eingeleitet werden.

Peter Van Vlodrop für 65-jährige Mitgliedschaft geehrt

Der frühere Landrat des Kreises Viersen, Peter Van Vlodrop, ist seit 65 Jahren Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Marcus Optendrenk und Schatzmeister Michael Aach besuchten den Ehrenvorsitzenden der CDU im Kreis Viersen, begleitet von Kreisgeschäftsführer Stephan Seidel, zu Hause in Süchteln. Van Vlodrop, der letztes Jahr seinen 90.Geburtstag feierte, freute sich über den Besuch. Regelmäßig ist er auch bei öffentlichen Terminen in Viersen noch zu sehen und nimmt an politischen Leben regen Anteil.

„Die CDU im Kreis Viersen hat Peter Van Vlodrop außerordentlich viel zu verdanken", so Optendrenk. „In seiner Zeit als Vorsitzender der CDU im Kreis Viersen hat er die CDU zur größten Mitglieder- und Volkspartei im Kreis entwickelt. Dabei stand bei ihm als Vorsitzender das Wohl aller Menschen im Kreis Viersen immer an erster Stelle."

Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen

Marcus Optendrenk

Marcus Optendrenk

Stefan Berger